

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., monatlich Zustellungsgel-
de für 30 Nummern werden von allen
Bezugsstellen angenommen.
Zum ausländischen Zeitungs-Bezugspreis
unter Nr. 6553 eingetragen.

Bei der Redaktion veranzulassen:
Max Scharre in Halle,
Erscheinung von 10^h, bis 12^h Uhr.
[Zersprecher: Redaktion Nr. 2532. - Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Sechshunddreißigster Jahrgang.

wenden die Spaltenzelle oder deren
Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg., berechnet und in der Expedition,
den untern Annoncenstellen und allen
Minerale-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Seite 75 Pfg.
Erscheinend wöchentlich fünfmal;
Sonn- und Montage einmal,
sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Nr. 8.

Halle a. d. Saale, Montag, den 6. Januar

1902.

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für das laufende Viertel-
jahr werden von allen Reichspostanstalten, in Halle von
den unterzeichneten Expedition und den bekannten Aus-
gabestellen, unangefordert angenommen. Der vierteljährliche
Abonnementspreis beträgt bei allen kaiserlichen Post-
anstalten 3,25 Mark, bei unseren Expeditionen 2,50 Mark
bei täglich einmaliger, 2,75 Mark bei zweimaliger Zu-
stellung. Der monatliche Abonnementspreis beträgt
1,09 Mark bei der Post, bei der Expedition 0,85 Mark
bei einmaliger, 1 Mark bei zweimaliger Zustellung.

Die Expedition.

Zur Diskussion über die Handelsverträge.

Unter dem Titel „Die Handelsverträge, deren Be-
deutung und Wirkung für Deutschland“ hat Konrad
Wolffens ein Buch in der Gestalt eines bedeutenden
Handelsbuches, das in Italien, England und Südamerika
Niederstellungen bezieht, im Verlage von Dietrich Reimer in
Berlin eine Broschüre veröffentlicht, in der er seine Ansichten
über die für Deutschland zweckmäßigste Art der Handels-
verträge auspricht. Herr Wolffens ist, wie er im Vorworte
sagt, seit 25 Jahren mitten im Betriebe des Welt Handels.
Die Anschauungen, die ein solcher Mann über den inter-
nationalen Handel gewonnen hat, verdienen Beachtung, auch
wenn man sich mit ihnen nicht einverstanden erklären kann.
Herr Wolffens beurteilt das System der Meistbegün-
stigungsverträge, weil seiner Ansicht nach dasjenige Land,
das eine hochentwickelte Industrie besitzt, oder die Wohlhoffe für
sich einfließen muß, durch derartige Verträge benachteiligt
wird, wenn der andere Teil dazu übergeht, durch hohe
Zölle eine Industrie künstlich zu schützen und dabei den
Eingang gerade der Waren erschwert oder gar unmöglich
macht, zu denen er die Wohlhoffe geliefert hat. Die Wohlhoffe
auf die sich bezieht, die Vereinigten Staaten und
Argentinien, beweisen allerdings die von dem Verfasser aus-
gesprochene Thesen, aber deshalb darf man über die Meist-
begünstigungsverträge nicht in Panik und Zagen bei dem
Stab brechen, sondern man kann höchstens zu der Folgerung
kommen, daß die reinen Meistbegünstigungsverträge mit der
Zeit zu Tarifverträgen sich entwickeln müssen. In den Ver-
einigten Staaten ist die Auffassung, daß für sie der Abschluß
von Tarifverträgen eine Notwendigkeit geworden sei, schon in
weiten Kreisen verbreitet; sie würde sich vielleicht schon
größeren Einfluß auf die Gesetzgebung erheben haben, wenn
nicht die in Europa immer stärker anschwellende agrarische
Strömung die Ansichten auf das Zustandekommen von
Handelsverträgen überhört hätte.

So lange ein Land nur Rohprodukte aus- und Industrie-
produkte des anderen Landes einführt, ist die gegenseitige
Entwicklung der beiden Länder einseitig. Die kulturelle
Entwicklung des einen geht auch im Interesse des
anderen, weil jedes dadurch ein wertvoller Markt für die
industriellen Erzeugnisse des anderen Landes wird. Einsticht
in den einen Land nach und nach eine eigene Industrie und
erschafft diese mehr und mehr, so kann allerdings die von Herrn
Wolffens behauptete Gefahr eintreten, daß es nicht gelingt ist,
die ihm durch Meistbegünstigungsverträge gewünschte günstige Stellung
aufzugeben und zum Abbruch von Tarifverträgen überzugehen.
Gegen diese Gefahr kann sich der andere Staat nur schützen,
wenn seine Regierung anerkennend die Entwicklung überwaht
und jede Gelegenheit, die Tarifverhältnisse für das eigene Land
günstiger zu gestalten, wahrnimmt. Da die europäische Staaten-
politik Amerika gegenüber es an dieser Wachsamkeit hat fehlen
lassen, oder die nordamerikanische Schutzpolitik ihr unter-
schätzte, so daß die Verhältnisse, die Herr Wolffens nicht
richtig gesehen hat, der Meinung ist, daß wir
es ist den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, die, sei
es aus finanziellen Gründen, sei es in der Absicht, die eigene
Industrie zu schützen oder eine solche erst hervorzuheben, den
Abschluß von Tarifverträgen aufzulösen und Zollfreie
dabei in den Kurs nehmen könnten, so wird ihm gerade aus
den ihm am nächsten stehenden Verhältnissen Zustimmung nicht
zu geben werden. Einseitigkeit wird er sich dieser erkennen mit
seiner Debatte, daß es richtiger wäre, in Deutschland
Verträge zu schließen, die die Vorteile für sich ergeben. Nicht der
von ihm erwählte Einwand, daß durch die niedrige Deflation
Unvergleichlichkeiten vorhanden sind, ist maßgebend für die
Ablehnung, sondern die gewaltige Verfestigung des Handels
durch die Weltzölle, die Erziehung der Skuffation, die
gerade die auf den Bezug ausländischer Wohlhoffe angewiesene
Industrie treffen würde, die aus der Handhabung durch technisch
und kaufmännisch nicht genügend vorbereitete Zollbeamten
drohenden Verluste und die daraus erwachsenden Schädigungen
unserer deutschen Handel und Industrie wünschen lassen,
daß Deutschland dem Beispiele der Vereinigten Staaten
nicht folgt.

Herr Wolffens empfiehlt schließlich sogar, daß Deutschland
Einfuhrzölle in die von seiner Industrie benötigten
Wohlhoffe lege, unter der Voraussetzung, daß es für die zur
Anschaffung gelangenden aus diesen Wohlhoffen hergestellten
Erzeugnisse der Zoll zurückbehalte. Die Bekämpfung der Defla-
tion durch die künstliche Erhöhung der Preise für die not-
wendigsten Bedürfnisse“ scheint er auch nicht, wenn das Reich
zur einen größeren Teil der sich heraus ergebenden Kosten

Glumaden „zum Wohle der Allgemeinheit“ verwende! Er
meint eben, daß „höhere Lebensbedingungen bei sich auf die
Dauer schaffender gesicherten Gewerkschaften und damit
steigendem Wohlstande“ die Erziehung des Volkes fördern.
Die ganze Broschüre ist, wie ich schon will, gar sehr unter
den Einflüsse einseitiger Erfahrungen des Exporteurs und ohne
genügende Rücksicht auf die sonst in Betracht kommenden
wirtschaftlichen Momente geschrieben.

Deutsches Reich.

Soll- und Verschuldungsfragen.

* Der bevorstehende Besuch des Prinzen von Wales am
* Berliner Hofe wird in einem englischen Blatte auf eine
dringende Einladung Kaiser Wilhelm's zurückgeführt. In
Rücksicht auf die König Edward von England nach Weidung
der „Nord. Allg. Ztg.“ durch seinen Berliner Botschafter dem
Kaiser die Absicht zu dessen Festlichkeiten am 27. Januar
den Prinzen von Wales zu empfangen, möchten sich auch der
Kaiser hat den Prinzen als Gast an seinem Geburtstage gern
willkommen heißen.

* Ueber das Befinden der Prinzessin Luise von
* Koburg drang seit der Zeit, da sie in der Verbannung
anhalt von Wien in Miederbüßung bei Dresden Aufnahme
fand, so gut wie nichts mehr in die Öffentlichkeit. Immer-
wieder wiederholt sie an einer unheilbaren, vielleicht tödlichen
Gehirnkrankheit leide. Im Verlaufe der Prinzessin trat nämlich
wie das „Neue Wiener Tagbl.“ meldet, in den letzten Tagen
eine bedeutende Verschlimmerung ein. Die Ärzte konstatierten
partielle Gehirnparalyse und erklärten den Zustand als hoff-
nungslos.

Imn Boycott der deutschen Industrie

wird gegenwärtig in englischen Blättern aufgeführt, weil die
deutsche Presse aus Sibirische Nachrichten verbreitet hat, die
auf die Mannschucht und die sittlichen Qualitäten der
der englischen Truppen und ihrer Führer ein ganz bedeutendes
Licht werfen. Es handelt sich um Berichte, in denen in voller
Ausführlichkeit die Gräueltaten geschildert wurden, welche
seitens der englischen Soldaten an den Burzen und
Wädhern verübt sein sollten. Gräueltaten, denen jenen Mit-
teilungen zufolge ein richtiges Verbrechen und welches
insbesondere diejenigen Frauen und Mädchen zu ihrem großen
Schrecken, die in den verschiedenen Konzentrationslagern unter-
gebracht sind. Wir haben es damals unterlassen, von ihnen in
voller Ausführlichkeit Notiz zu nehmen, weil sie einen zu
großen Abgrund von Sittenlosigkeit enthielten, als daß wir
sicheren geneigt sein können, unseren Lesern zu einem Einblick in
dieselben zu verhelfen, aber wie groß und tief dieser Abgrund
war, läßt sich erkennen, wenn man erfährt, was zum Beispiel
dem „Londoner Standard“ geschrieben wird:

„Sehr viele und selbst auch unsere Vorkämpfer können diese
niederträchtigen Ausstellungen in der deutschen Presse lesen,
ohne daß ihr Blut in Wallung gerät. Deutschland ist eine
sogenannte fortschrittliche Macht; aber das bittere Gefühl,
welches sich in der Gegenwart unter dem Volk anzu-
kündigt selbst dann nicht überwinden werden, wenn ein Krieg
zwischen uns ausgebrochen wäre. Die Frage ist, kann der
Verbreitung dieser schmutzigen Mord nicht ein Ende gemacht
werden? Ich persönlich glaube nicht, daß die Sache von uns
mit Gleichmut hingenommen werden sollte. Ich weiß nicht,
ob es zu den Vätern einer Revolution gehört, gegen eine
solchen Forderung von Verleumdungen Protest zu erheben, wenn
dies aber die Pflicht ist und wenn es geschehen ist, dann hat
es keinen Erfolg gehabt. Ich weiß auch nicht, ob die voraus-
gesetzte Verantwortlichkeit der Sünden von dem Kaiser für
unser Land als einwas jetzt Verantwortlich gefühlt wird; unter
allen Umständen, aber die Verantwortung ist weit genug,
unser Land, mit dem er auch durch Bande des Blutes
verbunden ist, gegen die Verleumdungen zu schützen, von denen
er wissen muß, daß sie nichts als niederträchtige Gräueltaten
sind. Ich weiß aber, daß unser Volk es in seinen eigenen
Händen hat, dem wir nicht nur in der Zukunft eine
Lehre zu geben, die er schnell verstehen und nach Gehör
schätzen wird. Es ist dieselbe Lehre, wie wir sie zur Zeit
eines gewissen noch verstorbenen Telegraphen zum Ver-
wendung gebracht haben und die darin bestand, daß wir die
deutsche Waare boykottierten. Diese Abwehr brachte
sich, die brennende englische Industrie hervor und der englischen
Resultate an ihre Behörden hervor und der Englischen durch,
als der deutsche Handelsreisende in London vergeblich um
Aufträge bat. Keine Zeit könnte geeigneter sein, als die gegen-
wärtige, um dasselbe Verfahren abermals zur An-
wendung zu bringen. Deutschland leidet unter einer in-
dustriellen Krise und unter solchen Umständen ist es
für uns eine Pflicht, die wir empfinden. Unverzüglich
leben einige unserer Industriellen auch unter der Geschäftsführung.
Wenn wir uns davon enthalten, deutsche Waare zu kaufen,
dann wird das unsere Arbeiter, den Landbesitzer und
Wädhern der verarmenden Soldaten, zu gute kommen. Möge
sich jeder erinnern, daß die Waare mit der Besetzung
Mado in German aus einem Land kommen, wo wir ver-
bietet sind und in erdärmlicher Weise verurteilt werden.“

Dasselbe Blatt veröffentlicht noch eine zweite Zuschrift, die dem
gleichen Gedanken Ausdruck verleiht und für Verleumdungen darüber
äußert, daß die deutsche Regierung gegen diese „erbärmlichen
Verleumdungen“ in den deutschen Blättern bisher keine Stellung
genommen habe. Die deutsche Regierung wird schon wissen,
warum. Die englische Kriegsführung in Sibirien ist nicht
debat, daß man Schilderungen, wie sie jetzt den Journ der Eng-
länder herausgegeben haben, ohne weiteres in das Reich der
Fabel verweisen könnte, und so haben es sich die Engländer
selbst zuzuschreiben, wenn solche Nachrichten über ihr Verhalten
allgemein Glauben finden. Zudem würden wir aber auch nicht,
wie es die deutsche Regierung anfragen sollte, in englischer
Sinnung Stellung zu den Schilderungen und zu ihrer Widerlegung
in der Presse zu nehmen. Was aber die Gründe sind, die dem
Boycott unterliegt, so kann man darüber so richtig hinweg-
gehen, als bekanntlich nie so heiß gesehen wie geschätzt wird
Die Erfahrungen, welche die boykottierenden Engländer früher

schon einmal mit ihrem Verzicht, die deutschen Erzeugnisse durch
einen Boycott an das Nationalgefühl vom englischen Marke aus-
zuschließen, gemacht haben, entsprachen durchaus nicht den Ver-
wartungen, die daran geknüpft wurden, und das „Mado in
Germany“ hat in England noch nie solchen Unfug ge-
standen, wie seit jener Zeit.

Das Duell in Jena.

Die Nachricht von dem tödlichen Duellkampf zwischen einem Offizier
und einem Studenten in Jena, dem letzteren, ein Hallenser
Sohn, um Eifer sich, wie angeblich der immer noch nicht
verklummeten Duellanten über das Duell wie ein Faustkampf in
das Gesicht der öffentlichen Meinung. Wie im Durchbruch
sollte die Ursache des unglücklichen Duells auf eine durchsichtige
Vorteil zurückzuführen war, so auch wiederum Jena. Nach den
Vorstellungen, immer noch ungenügend hinfälligen Nachrichten hatten
am Montagmorgen gegen 6 Uhr auf dem Marktplatz zu Jena
drei Offiziere und mehrere Studenten ein Rencontre, das zu
einem Wortwechsel ausartete, in dessen Verlauf der Student der
Chemie Heib aus Halle, welcher der Deutschen „Germania“
angehörte, dem Leutnant Helm von 94. Infanterie-Regiment
ins Gesicht schlug. Die Folge war der Duellkampf, für den ein
Kampf in der Lage zu gelte es sich zur Bedingung gemacht wurde,
sich weder beim dritten Umgang durch einen Knüttel, wie unterhalb
der linken Achselhöhle in die Brust einzuhaben, geschiedt, während
sein Gegner einen Streichfuß am Saale erhielt und der Kampf
in Jena überwiegen werden mußte. Am Tag und Stunde er-
gab sich, daß das Rencontre ebenfalls als Folge der Selbstver-
letzung angesehen ist und einer der besten Teile, wenn nicht beide,
angesehen ist in einer Verfassung sich befand, welche die freie
Willkür bestimmt und ebensowohl abschloß, wie dies
bei der Zustimmung der Affäre der Fall war. Man muß deshalb
von neuem die Frage aufwerfen, ob es denn nicht hätte möglich
sein können, die Angelegenheit in einer Weise zu regeln, die
einen Duellkampf, und noch dazu einen unter so schweren Be-
dingungen, wie sie ein einmaliger Augenwechsel darstellt,
ausschloß. Auch hier wird der Grundlag festhalten sein, das
jemand, der nicht Herr seiner Verfassung, der nicht in der
Lage ist, über seinen Willen frei zu verfügen, nicht zu solchen
Verhandlungen wenigstens nicht beizutreten, das ein Duellkampf mit töd-
lichen Waffen die unbedingte Folge sein mußte. Es wird
höhere Auffassung über die Vorgänge und darüber abzurufen
sein, und welche Zustände bei der Festsetzung des Duells
sind seinen Bedingungen mitgeteilt haben, bevor man eine ab-
schließende Kritik über das hierdurch Veranlassen zu fällen
vermag; das aber auch heute schon erneut mit allem Nach-
druck betont werden: es wird hohe Zeit, daß dem Duellkampf
nachdrücklich ein Ende bereitet wird, wenn das Reichsbienwollen
im Volke nicht auf das empfindlichste verletzt werden soll.

Ein neuerer Standpunkt.

* Die jüngsten Mitteilungen für die Vertrauensmänner der
nationalliberalen Partei“ veröffentlichten einen Artikel über die
letzte Sitzung des Zentralvorstandes der national-
liberalen Partei, der ebenso lang wie unklar ist. Er be-
handelt die Stellung der nationalliberalen Partei zum Zoll-
tarif, ohne daß man daraus entnehmen könnte, wie sich nun
eigentlich die Partei gerade zu den entscheidenden Fragen des
Zolltarifs stellt. Ueber Nebenarbeiten wie „billiger Ausfuhr“,
planmäßiger Schutz der nationalen Arbeit usw. kommt das
Schlußstück eigentlich nicht hinaus. In welchem Stil das Dok-
ument gehalten ist, dafür ist nachstehender Satz typisch:

„Es konnte in diesem Angelegenheit nur ausgesprochen werden,
daß die vorerwähnten Verhandlungen wichtiger sei, wird aus-
drücklich abgelehnt, weil man sich abwarten müsse, was die
Interessierten des Reiches aus den Vertragsverhandlungen her-
bringen werden.“ Die Frage der Unterbillet wird mit dem
Wortern beiseite gelassen, daß es sich hier um eine
Frage der Verhandlungsbekannt hande.“ Alle unsere
posteriorer der Handelsvertragsverhandlungen werden in den
Vordergrund gelassen, während die Stellung zum Zolltarif,
um den es sich doch jetzt ausschließlich handelt, einfach
unter den Tisch fällt. Der Nationalliberalen scheint eben
immer noch nicht die Erkenntnis gekommen zu sein, daß von
latter Zeit keine Partei leben kann, und ein Uebermaß von
laughen Mächtigkeiten schon manche Partei zu Grunde
gerichtet hat. Schlimmer als alle andere in der partei-
lichen Veröffentlichung der Vertrauensmänner ist jedoch der
Verzicht, sich überhaupt jeder politischen Verantwortung in der
wichtigsten Frage der deutschen Politik zu entziehen. Mit dem
Uebermaß von Taktik, das schon mehrfach auch von national-
liberalen Blättern gebührend gewürdigt wurde, und das schon
hart an Nationalität streift, heißt es zum Schluß:

„Wie es demnach die Reichstagsfraktion gefasst, so konnte
auch der Zentralvorstand nur betonen, daß die haupt-
sächlichste Last der Verantwortung für das Gelingen
der Vertragsverhandlungen der Reichstagsfraktion und ihrem
Diplomaten überlassen bleiben muß.“
Weniger kann sich eine große Partei mit einer großen Frage
nicht abfinden. Es ist nur nicht recht einzusehen, was
überhaupt einen Reichstag brauchen, wenn, wie die Blätter
ihren „Mächtigern“, wie es der Reichstag „der Reichstags-
fraktion“ überlassen wollen, wie die wirtschaftlich-
politische Zukunft Deutschlands zu gestalten sei.

